

Frieden in einem Europa souveräner Nationalstaaten

Tatsache ist, daß es die Nation ist, in der sich Demokratie und staatlicher Schutz der Bürger organisiert. Die Demokratie geht mit der Herabwürdigung der Nation und der Schaffung supranationaler Einrichtungen verloren. Die Zentralisierung der europäischen Staaten in Brüssel erzeugt ein Gebilde mit nahezu absolutistischer Exekutive, die auch Legislative und Rechtsprechung zentralisiert und zugleich Kriegsführungen ermöglicht, die vor geraumer Zeit undenkbar gewesen wären. Gerade die Vermeidung von Krieg ist ein Argument für die Nation: Die jüngsten Kriege der Demokratien sind von Machteliten ohne Zustimmung von uns Bürgern geführt worden. Wer tatsächlichen Nationalismus sucht, findet ihn etwa in der von der Bundesregierung auch finanziell unterstützten „Nazi“-regierung - seit dem Putsch - in der Ukraine (Jazenjuk: „Russen sind Untermenschen“).

Wir Bürger können sehr wohl erkennen, wenn etwa die politische Entscheidungsgewalt von gewählten Instanzen unseres Nationalstaates auf nicht gewählte Kommissare der EU übertragen wird. Es ist eine sich immer totalitärer gebärdende EU, die sich weit vom „gemeinsamen Haus“ Europa entfernt hat. Angefangen von einem unsinnigen Sommer-Winterzeitdiktat über die Aufoktroierung der lebensgefährlichen „Energiesparlampen“ bis hin zu Geheimverhandlungen wie TTIP/TISA: Das hat mit demokratischen Abläufen nichts mehr zu tun. Eine weitere Militarisierung im Westen untergräbt zudem die kooperativen Bemühungen für Sicherheit in Europa. „Wachstum durch Rüstung“ – kann neben der politisch sowie massenmedial verbreiteten Hetze und den rechtswidrigen Sanktionen gegen die Russische Föderation (auf Betreiben der USA) für uns alle zu einer brandgefährlichen Tendenz der EU werden.

Das Modewort „Populist“, das nirgendwo solide definiert ist, hat Konjunktur und könnte aus George Orwells Roman „1984“ stammen. Sog. „Gedankenverbrechen“, falsche Gedanken im Sinne einer Abkehr vom „Mainstream“ des „Establishments“, sind schon vor ihrer Entstehung zu verhindern. Es ist ein schwammiges, abwertend polarisierendes Wort, das keine inhaltliche Auseinandersetzung zuläßt. Devide et impera – spalte und herrsche. Wie man die Menschen eben gegeneinander aufbringt, um sie besser lenken zu können.

Die Brandmarkung „Populismus“ entspricht einer Ausgrenzung unerwünschter Auffassungen und widerspricht einer notwendigen, sachbezogenen pluralen Debattenkultur auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Misstrauisch macht einen dieser Wortgebrauch allerdings beim Blick auf die tatsächliche Situation. Denn es sind ja nicht die heutigen „Populisten“, die zum Krieg aufrufen und die Kriege vorbereiten und führen. Es ist das „Establishment“ – und leider muss man hinzufügen, dass dieses „Establishment“, vor allem das der „westlichen Wertegemeinschaft“, den Planeten Erde auch in anderer Hinsicht in eine katastrophale Sackgasse geführt hat: politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell. Da uns „Eliten“ beschimpfen, wenn „falsch“ gewählt wird, also nicht bestätigt wird, was „alternativlos“ von diesen vordiktiert wird, sollten wir eher von „repräsentativer Oligarchie“ (Prof. Köchler) sprechen.

Was uns wirklich bedrängt: Bundespolitiker lügen uns seit Jahren von einem Krieg in den nächsten und haben sich mit ihrer Zustimmung zur Beteiligung am illegalen Syrienkrieg strafbar gemacht. Seit dem Jugoslawienkrieg 1999 unter einer rot-grünen Regierung tragen wir Krieg in andere Teile der Welt, nehmen Menschen die Existenzgrundlage und das Leben, lösen riesige Flüchtlingsströme aus. Die meisten Mitbürger wollen keinen Krieg. Eine offene Auseinandersetzung mit der Bevölkerung will die Politik nicht haben und schwingt die Zensurkeule. Bürger werden dann notfalls als „Pack“ oder „Nazis“ beschimpft, wenn sie den „neuen deutschen Regierungstotalitarismus“ nicht mitmachen (Willy Wimmer). Wann kommen wir endlich aus den Sesseln und rufen laut: Nicht in unserem Namen! Es muß wieder Frieden und Völkerrecht gelten, so wie Rußland es vormacht.